

Aktionärsschützer kündigen Proteste an

Angesichts von Krise und Boni drohen Aktionärsschützer: Die neue Hauptversammlungssaison wird ein "echter Tanz auf dem Vulkan".

Frankfurt, 3. März. Die Einbrüche bei Bilanzen und Dividenden bringen Aktionärsschützer auf die Barrikaden. "Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Kurse vieler Aktien tief in den Keller geschickt", klagte Ulrich Hocker, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), am Dienstag in Frankfurt. Viele Unternehmen hätten überdies zu spät oder gar falsch auf die Krise reagiert. "Das muss das Management den Aktionären erklären", drohte Hocker. Denn in der nun beginnenden Saison von Hauptversammlungen, die üblicherweise von März bis Juli währt, werde es hoch hergehen. Bei den meisten Unternehmen werden nach Hockers Voraussage die Aktionärstreffen kaum noch mit den ruhigen Zusammenkünften der Vorjahre vergleichbar sein, sondern so "konflikt- und kritikgeladen" ausfallen wie schon lange nicht mehr.

Auf knapp 850 Versammlungen wollen die Aktionärslobbyisten einen Fragenkatalog präsentieren. Werden die richtigen Weichen zur Zukunftssicherung gestellt? Welche strategischen Maßnahmen wurden ergriffen? Und wie steht es mit der Firmenfinanzierung und der Liquidität? Wenn Vorstände durch "falschen Zweckoptimismus oder Betriebsblindheit" den Aktienkurs stärker auf Talfahrt gebracht hätten als die Vergleichsindizes der Börse, werde es dafür die Quittung geben, sagt die Schutzvereinigung voraus.

Den "Dax-Tanker" Deutsche Post wollen die Vertreter der Anteilseigner etwa zur Rede stellen, weil er das "kostspielige und völlig erfolglose Amerika-Abenteuer" zu spät beendet habe. Und bei der Baumarktkette Praktiker hegt die DSW das Gefühl, die Probleme seien hausgemacht, wie Hocker sagte. Harsche Kritik übte DSW-Landesgeschäftsführer Klaus Nieding

zudem an der Deutschen Bank, deren Vorstandschef Josef Ackermann schlechte Nachrichten nur nach einer "Salamitaktik" veröffentlicht habe. Dies erwecke den Eindruck, dass das größte Geldinstitut als "Platzhirsch" auch nicht besser aufgestellt sei als andere Finanzinstitute, argwöhnte Nieding. Der Geschäftsführer rügte die "einseitige Ausrichtung des Hauses auf das Investmentbanking" und will nun genauer wissen, welche Konsequenzen Ackermann daraus gezogen habe. Umso begrüßenswerter sei die Übernahme der Postbank, lobte der Rechtsanwalt.

Ungewöhnlich harsche Kritik äußerte Nieding an dem früheren Medienunternehmer Leo Kirch, der die Deutsche Bank seit Jahren mit Prozessen überzieht. Auch diesmal werde Kirch sicher wegen seiner "Dauerfehde" die Hauptversammlung mit zahlreichen Fragen, Anträgen und Versuchen, "der Verwaltung Anfechtungsgründe abzutrotzen", in die Länge ziehen. Die DSW hält dies für einen rein egoistischen Missbrauch von Aktionärsrechten, der zu Lasten der redlichen Anleger gehe. "Die Einschränkungen von Auskunfts- und Anfechtungsrechten, wie sie gegenwärtig mehr denn je auf der Agenda des Gesetzgebers stehen, haben ihren Grund auch in solchen Aktionären", wettete Nieding.

Der Verband fürchtet, dass die Aktionäre die Krise bei den Gewinnbeteiligungen spüren werden. Es deute sich an, dass die Dividenden vielfach sinken oder sogar ausfallen werden, fürchtet Hocker einen "Tiefschlag". Wenn die Anteilseigner aber den Gürtel enger schnallen sollten, müsse dies auch für die Manager gelten - "für die Bezüge des Vorstands ebenso wie für die Boni in den Top-Etagen". Hocker forderte für die Vorstandsvergütungen, die seit Jahren stets gestiegen seien, "klare Abstri-

che". Ein erstes Beispiel dafür sei der Autohersteller Daimler, wo sich die Bezüge von Konzernchef Dieter Zetsche fast halbiert hätten. "Exemplarisch für den aufgestauten Volkszorn" nannte überdies Landesgeschäftsführer Nieding die "garantierten Boni" - "ein Widerspruch in sich" - für die erste und zweite Führungsriege bei der Dresdner Bank trotz deren Übernahme durch die Commerzbank.

Kritik übt die DSW überdies an den Bundespolitikern. Der Bund wolle sich offenbar den Durchgriff auf die Hypo Real Estate auch um den Preis einer Enteignung sichern, vermutet Hocker. Das verstoße gegen das Grundrecht auf Eigentum und gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip. Denn eine Kapitalerhöhung, mit deren Hilfe der Bund 75 Prozent der Anteile erreiche, sei "absolut ausreichend und die weniger schlimme Alternative". Als Lehre aus dem Bankendesaster will die DSW außerdem eine Gesetzesinitiative der früheren rotgrünen Regierung wieder aufgreifen. Manager sollten demnach bei Fehlleistungen auch direkt gegenüber den Investoren haften und nicht mehr nur dem Unternehmen. Die Anteilseigner sollen ferner das Recht erhalten, jährlich über die Vorstandsvergütung abzustimmen - nur unverbindlich allerdings.

Abbildung: Erste Vorboten bei Daimler: Aktionäre wollen zunehmend mobil machen.

Abbildung: Foto T. Koehler/photothek